

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Thomas Gehring

Staatssekretär Bernd Sibler

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)**

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen**

**Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbildung an bayerischen Schulen (Drs. 17/10580)**

**- Zweite Lesung -**

Ich eröffne die Aussprache und möchte darauf hinweisen, dass im Ältestenrat 24 Minuten Redezeit vereinbart wurden. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Strohmayer.

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute wollen wir in Zweiter Lesung über den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zum Ganzttag reden. Ich möchte Sie aufrütteln. Als berufstätige Mutter möchte ich Ihnen die Sorgen der Eltern aufzeigen, die verzweifelt einen Ganztagsplatz mit Ferienbetreuung für ihre Schulkinder suchen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen mit unserem Gesetz erreichen, dass für jeden Schüler und jede Schülerin in Bayern, der oder die einen Bedarf hat, ein guter Ganztagsplatz zur Verfügung steht.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere Sie dazu auf, heute unserem Gesetzentwurf zuzustimmen, damit endlich vielen Eltern und Schülern hier in Bayern geholfen werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Kurzem haben wir zu einem Fachgespräch "Ganzttag" eingeladen. Eltern, Erzieher und Lehrkräfte waren unisono der Meinung, dass die derzeitigen Ganztagsangebote in Bayern ganz und gar nicht befriedigend sind. Viele Eltern haben mir erzählt, dass sie ihren Beruf nicht oder nicht wunschgemäß ausüben können. Ich bin Kreisrätin im Landkreis Augsburg. Dort machen wir alle paar Jahre die Jugendhilfeplanung. In der letzten Umfrage hat jedes zweite Elternpaar

angegeben, dass das Ganztagsschul- und das -betreuungsangebot und vor allem das Ferienbetreuungsangebot überhaupt nicht ausreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Eltern empfinden das von Ihnen – ich schaue vor allem die CSU-Fraktion an – immer wieder hochgepriesene Modell der Vielfalt als chaotisch. Das fand ich erstaunlich. Ich bin mir sicher, wenn ich jetzt auf einzelne Abgeordnete zugehen und sie nach den Unterschieden zwischen Mittagsbetreuung, verlängerter Mittagsbetreuung, offener Ganztagschule, gebundener Ganztagschule, Hort oder vielleicht noch Tagesheim fragen würde, dass viele von Ihnen die Unterschiede auch nicht genau kennen. Genauso geht es den Eltern.

(Widerspruch bei und Zurufe von der CSU)

Viele kennen die Unterschiede eben nicht. Viele wissen nicht, welche Qualität welches Angebot hat. Viele wissen nicht, wo Fachpersonal tätig ist und wo Hilfskräfte arbeiten.

(Widerspruch bei der CSU)

– Hören Sie doch einmal in Ruhe zu. Ich habe Ihnen vorhin auch zugehört. – Viele Eltern wissen eben nicht, wo Fachpersonal arbeitet und wo nur Hilfskräfte arbeiten. Sie wissen nicht, wofür sie bezahlen müssen. Vor allem wissen viele nicht, warum es an den Ganztagschulen immer noch keine Ferienbetreuung gibt.

Nahezu alle Eltern, mit denen ich gesprochen habe, haben mir erzählt, dass sie das Angebot angenommen haben, das ihnen wohnortnah zur Verfügung stand. Dabei waren aber viele ganz unglücklich, weil sie eben keine gute Betreuung gefunden haben. Viele haben beklagt, dass sich ihre Kinder stundenlang in viel zu kleinen Räumen aufhalten müssen, dass keine Hausaufgaben gemacht werden können und dass es nichts zu essen gibt. Ich frage Sie: Wie kann es sein, dass es für so viele Ganztagschüler keine Ferienbetreuung und viel zu wenige Hortplätze gibt?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD) – Zuruf von der CSU: Nur einer von der SPD klatscht!)

Auch der Ministerpräsident hat dieses Defizit erkannt. Er hat in seiner Regierungserklärung angekündigt, dass es bis 2018 an allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot geben soll. Bis 2018 sind es noch zwei Jahre. Ich frage mich, wie dieses Angebot ohne weiteres Zutun gewährleistet werden kann. Ich stelle jedenfalls bei Anfragen immer wieder fest, dass das Ganztagsangebot in Bayern mitnichten ausgebaut wird. Ich stelle fest, dass das Angebot stagniert. Nur 1,5 % der Schülerinnen und Schüler an staatlichen Gymnasien besuchen zum Beispiel eine gebundene Ganztagschule. Das sind genauso viele wie im Jahr zuvor. Herr Tomaschko, Sie haben heute das Hohe Lied auf die Realschulen gesungen. Dort haben 1,3 % der Schülerinnen und Schüler einen gebundenen Ganztagsplatz. Im Vorjahr waren es 1,1 %. Auch an den Realschulen hat kein großartiger Ausbau der Ganztagsangebote stattgefunden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Zahlen sind ein Armutszeugnis für ein so reiches Land wie Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Beim Bildungsmonitor stehen wir insgesamt auf dem drittletzten Platz, in der Sekundarstufe sogar auf dem letzten Platz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie heute unserem Gesetzentwurf zu, damit wir den Eltern und Kindern einen Rechtsanspruch auf einen guten Ganztagsplatz geben können, damit jeder, der einen Ganztagsplatz braucht, in Zukunft auch einen bekommt.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Frau Kollegin, beachten Sie bitte die Uhr.

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Eiling-Hütig.

**Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Februar hat das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap in einer repräsentativen Schulstudie die Menschen in Deutschland unter anderem danach gefragt, in welchem Bundesland es ihrer Meinung nach das beste Schul- und Bildungssystem gibt. Darauf antworteten 44 %: in Bayern. Das nächste Bundesland auf Platz zwei folgte erst mit 30 Prozentpunkten Abstand. 30 Prozentpunkte sind, wie Sie von der SPD wissen dürften, ein riesiger Vorsprung.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Vorsprung zeigt, dass wir in Bayern in den vergangenen Jahrzehnten in der Bildungspolitik vieles richtig gemacht haben. Dazu gehört, dass wir immer an unserem differenzierten Bildungssystem festgehalten haben, weil dieses die unterschiedlichen Talente der Schüler am besten fördert. Dazu gehört aber auch, dass bei uns die Wahlfreiheit der Eltern groß geschrieben wird. Wir schreiben den Eltern nicht vor, wo und wie sie ihre Kinder zu erziehen haben. Deshalb lehnen wir auch den vorliegenden Gesetzentwurf ab, weil er dieses bewährte und von den Eltern hoch geschätzte Prinzip der Wahlfreiheit abschaffen würde.

Die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbildung an den bayerischen Schulen wäre das Ende dieser Wahlfreiheit. Dann könnte schon ein einziger Vater oder eine einzige Mutter eine Schule auf dem Klageweg dazu zwingen, Ganztagsbildung einzuführen, obwohl die große Mehrheit der anderen Eltern das gar nicht will. Dieser Forderung der SPD liegt ein merkwürdiges Demokratieverständnis zugrunde, wonach einige wenige bestimmen können, was die Mehrheit zu tun hat.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Sie verdrehen die Fakten, das ist schon sensationell!)

Das bedeutet im Klartext auch, dass der SPD diejenigen Eltern, die für ihre Kinder lieber ein Halbtagsangebot wählen möchten, vollkommen egal sind.

(Beifall bei der CSU)

Diese apodiktische Politik ist mir und meinen Kolleginnen und Kollegen der CSU-Landtagsfraktion zutiefst fremd. Die CSU will im Gegensatz zur SPD die Wahlmöglichkeit der Eltern stärken. Deshalb sollen in ganz Bayern Familien zwischen Halbtagsangeboten und flexibel gestalteten, qualitativ hochwertigen Ganztagsangeboten wählen können. In vielen bayerischen Familien verbringen die Schüler den Nachmittag lieber zu Hause, weil sich die Eltern selbst um sie kümmern können und wollen.

Wir brauchen keine Ganztagspflicht, die aus einem Rechtsanspruch entstehen würde, wie von der SPD gefordert. Über die konkreten Folgen für viele Arbeitsplätze haben wir bereits ausführlich diskutiert.

Eine Ganztagspflicht ist aber auch deshalb überflüssig, weil der Freistaat bereits massiv in den Ausbau und die Qualität der Ganztagsangebote investiert hat und es auch weiterhin tun wird. Allgemein machen bereits über 80 % der allgemeinbildenden Schulen ihren Schülern ein Ganztagsangebot. Außerdem wurden in den vergangenen Jahren alle genehmigungsfähigen Anträge auf Bildungs- und Betreuungsangebote an Schulen auch tatsächlich genehmigt. Das zeigt ganz klar, dass sich die Ganztagsbildung bei uns in Bayern mittlerweile zu etwas ganz Selbstverständlichem entwickelt. Selbstverständlich ist es für uns auch, dass die Ganztagesangebote auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen sollen. Das tun sie. Sie reichen von offenen Ganztagsgruppen über gebundene Ganztagsklassen bis zur Mittagsbetreuung. Das ist eine wirklich breite Palette.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Zahlen, die die SPD auf dem Vorblatt des Gesetzentwurfs zur derzeitigen Versorgung mit Ganztagsangeboten nennt, stark verzerrt und irreführend sind. Sie berücksichtigen ausschließlich Ganztagschulen und übersehen die übrigen Angebote, die ich eben genannt habe. Vor allem übersehen sie die Horte und die Mittagsbetreuung. Selbstverständlich sind auch diese Angebote ein zentraler Bestandteil unseres bayerischen Ganztagskonzepts. Ein großer Vorteil unseres praxisnahen Konzepts liegt auch darin,

dass Schulfamilie und Kommunen aus verschiedenen Ganztagsmodellen auswählen können, um vor Ort ein passgenaues Angebot zu schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Genau diese passgenauen Angebote laufen hervorragend. Die würden Sie zerstören. Mittagsbetreuung, schulische Ganztagsangebote sowie Kindertageseinrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sind dabei gleichwertige Bausteine. Diese Bausteine können von den Entscheidungsträgern vor Ort bedarfsgerecht und passgenau kombiniert werden. Warum die SPD diesen bildungspolitischen Maßanzug gegen einen Einheitsanzug von der Stange eintauschen will, verstehe ich beim besten Willen nicht.

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Blanke Polemik!)

Wie eingangs erwähnt, zeigt die Frage von Infratest dimap nach den besten Schulsystemen – 44 % nannten Bayern –, dass wir in Bayern in den vergangenen Jahrzehnten in der Bildungspolitik vieles, ja sehr vieles richtig gemacht haben. Wir werden diese Linie auch beim Ausbau der Ganztagsangebote konsequent fortsetzen. Unser Ziel ist es, bis 2018 an allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot zu schaffen. Wir sind auf einem sehr guten Weg, dieses Ziel zu erreichen, und zwar gemeinsam mit den Eltern, nicht über deren Köpfe hinweg. Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf der SPD ab.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von der Kollegin Dr. Strohmayr.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie haben Ihren Beitrag sehr schön vorgelesen. Ich als Juristin möchte Sie nochmal darüber aufklären – ich nehme es Ihnen nicht übel, dass Sie selber das vielleicht nicht wissen; aber ich habe Ihnen das eigentlich schon bei der Ersten Lesung erklärt –, dass es einen Unterschied zwischen einer Verpflichtung und einem Anspruch gibt. Wir haben zum Beispiel seit

2005 einen Anspruch auf einen Kinderkrippenplatz für Kinder unter drei Jahren. Das hat mitnichten etwas mit einer Verpflichtung zu tun. Wir haben Gleiches im Kindergartenbereich. Nur im Schulbereich fehlt eine entsprechende Regelung. Wir wollten mit unserem Gesetzentwurf eine solche Regelung erreichen. Ich habe Ihnen das jetzt noch einmal ausführlich erklärt und hoffe, dass Sie es jetzt verstanden haben.

(Unruhe bei der CSU)

Sie haben stark auf das Wahlrecht abgestellt. Daher frage ich Sie: Welches Wahlrecht haben Eltern für ihre Kinder, wenn es in 65 Landkreisen und kreisfreien Städten keinerlei Ganztagsangebote zum Beispiel an staatlichen Realschulen gibt? Welches Wahlrecht haben die Eltern dort?

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU):** Sehr geschätzte Kollegin, auch auf die Gefahr hin, mich bei Ihnen unbeliebt zu machen: Sie mögen Juristin sein; aber ich glaube, Sie haben immer noch nicht begriffen, wohin Sie mit Ihrem Antrag auf eine Gesetzesänderung gehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe das letzte Mal ausführlich erklärt: Wenn Sie einen Gesetzesanspruch durchsetzen wollen, hat das zur Folge, dass das bestehende System von Ganztagsangeboten, nämlich Angebote mit nicht gebundenem Ganzttag, zerstört wird. Darauf zielt der Antrag ab, den Sie für alleinseligmachend halten.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wer sagt denn das? – Dr. Simone Strohmayer (SPD):  
Das unterstellen Sie! Wenn Sie das lesen würden, würden Sie das nicht sagen!)

– Ich habe Sie reden lassen. Jetzt sind Sie still, Frau Strohmayer!

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

– Sie wollen ja gar nicht zuhören.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich bitte doch um etwas Geduld!

**Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU):** Dieser Rechtsanspruch hätte zur Folge, dass genau dieses funktionierende System – –

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich bitte doch um etwas Ruhe!

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Lesen Sie bitte vorher unseren Gesetzentwurf!)

**Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU):** Wollen Sie eine Antwort oder nicht?

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

– Wollen Sie eine Antwort, oder wollen Sie keine Antwort?

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Lesen Sie vorher unseren Gesetzentwurf!)

– Ich habe ihn gelesen, Frau Strohmayr. Leider. Ich muss vieles von Ihnen lesen, was vollkommen überflüssig ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Dieser Rechtsanspruch führt dazu, dass bestehende Systeme wie das der Horte den Bach hinuntergehen. Das muss ich ehrlich sagen. Sie sagten eben, dass in allen anderen Systemen außer dem gebundenen Ganztage Leute arbeiten, die pädagogisch gar nicht in der Lage dazu sind.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

– Das war eben Ihre Aussage.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sie haben offenbar nicht zugehört!)

– Das verbitte ich mir. Wir haben Horte, wir haben Mittagsbetreuung. Wir haben Gott sei Dank ein differenziertes System.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Scheinlösungen!)

Es ist gut, dass wir das in Bayern haben. Dieses System entspricht der Situation vor Ort. Sie haben die Landkreise ohne Ganztagsangebote angesprochen. Frau Strohmayer, egal ob das 65, 104 oder 30 Landkreise sind: Es kommt darauf an, was die Eltern und die Schulfamilien vor Ort möchten.

(Beifall bei der CSU)

Sie möchten es nicht. Ansonsten gäbe es ein solches Angebot.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Professor Dr. Piazolo.

**Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erstens. Ich glaube, da sind wir uns alle einig: Das Ganztagsangebot in Bayern muss ausgeweitet werden. Ich glaube, das ist unbestritten.

(Zuruf von der CSU: Muss?)

– Ja, muss. Sehr geehrter Herr Kollege, im Grunde ist es so, dass Bayern hier – wir haben es gerade gehört – im Bundesvergleich ganz weit hinten liegt. Das ist so. Die Eltern wollen mehr Ganztagsangebote. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass Sie nicht mehr Ganztagsklassen wollen. Das entnehme ich Ihrer Wortmeldung. Wir wollen es. Deshalb haben wir FREIE WÄHLER eine ganze Reihe von Anträgen gestellt.

Das Wichtigste für uns ist die Erlaubnis von Klassenmehrungen. Sie machen das im Moment nicht möglich. Auch wenn viele Eltern an einer Schule ein Ganztagsangebot wollen, führen Sie es nicht ein, wenn dadurch an der Schule eine Klasse mehr entstehen sollte. Das verhindert Ganztagsunterricht in enormem Maße. Das ist ein Fehler,

meine sehr verehrten Damen und Herren. Mit dieser Einstellung kommen wir mit der Schullandschaft in Bayern nicht voran.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zu einem weiteren Antrag, den wir gestellt haben. Wir wollen einheitliche Qualitätsstandards. Das ist ganz wichtig. Es geht nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität.

Nun komme ich zum Gesetzestext und zum Rechtsanspruch. Ich sage es ganz offen: Wir haben in der Fraktion intensiv darüber geredet, insbesondere vor dem Hintergrund, dass ein Rechtsanspruch vielleicht zur Schaffung von mehr Ganztagsangeboten führt. Das ist Ihre Intention als Fraktion. Die Quintessenz aber war: Es wirkt auf uns in vielem nicht praktikabel. Zum einen, was vielleicht charakterisierend ist, gibt es kein einziges Bundesland, das das eingeführt hat, überhaupt keines, auch keines, das anders regiert wird, rot-grün oder grün-rot. Das liegt wahrscheinlich daran, dass ein Rechtsanspruch im Einzelnen konkrete Schwierigkeiten bereitet. Man müsste sich überlegen, wie es ist, wenn dann ein Elternteil sagt: Ich möchte, dass mein Kind eine gebundene Ganztagsklasse besucht. Muss eine solche dann geschaffen werden? Wer schafft sie? Was ist, wenn die anderen Eltern sagen: Wir wollen ein offenes Ganztagsangebot? Das macht es im Einzelfall wahnsinnig schwierig. Die Frage ist, ob die einzelne Schule, der Landkreis oder eine andere Ebene eine Ganztagsklasse liefern muss. Wie ist dieser Anspruch ausgestaltet? Da ist noch vieles offen.

Zu den enormen Kosten gibt es bislang nur Schätzungen. Die Schätzungen belaufen sich auf jährliche Zusatzkosten von über einer Milliarde Euro und wahrscheinlich einmalig zwei Milliarden Euro, zumindest laut der Bertelsmann Stiftung. Sie selber sprechen im Entwurf von um 30 % höheren Personalkosten. Man müsste sich genau anschauen, was mit dieser Zahl gemeint ist. Sind es wirklich um 30 % höhere Personalkosten? Das wäre auf die Lehrer umgerechnet eine fünfstellige Lehrerzahl.

Ein weiteres Problem wäre die Situation in Bezug auf die Gemeinden. Sie wollen eine weite Randbetreuung. Die Gemeinden müssten das übernehmen. Das ist gerade für finanzschwache Gemeinden insbesondere im ländlichen Raum kaum zu stemmen. All das sind Fragen, die uns veranlassen zu sagen: Das ist nicht der Königsweg. Dabei sind wir uns bewusst – das will ich betonen, Frau Kollegin Eiling-Hütig –, dass es einen Unterschied gibt zwischen einem Rechtsanspruch und einer Pflicht. Das ist ganz klar. Das ist gerade erklärt worden.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU))

Aus dem Anspruch entsteht eben keine Pflicht, sondern dabei stellt sich nur die Frage, wie das organisiert wird. Wir als FREIE WÄHLER wollen die Kompetenzen vor Ort ausweiten. Wir wollen Bildungsregionen stärken. Wir wollen, dass die Bildungsregionen vor Ort das Angebot prüfen und es erweitern. Wir wollen passgenaue Lösungen. Wir wollen mehr Stellen und mehr Geld. Darin sind wir uns sicherlich einig. Einen Rechtsanspruch aber halten wir für nicht zielführend, weil er in seinen Einzelheiten noch nicht ausgestaltet ist. Aber wir stärken den Ansatz und das Monitum, die Sie mit diesem Gesetz verbinden. Da werden wir weiter dranbleiben. Wir brauchen in Bayern mehr Ganztagsangebote. Dafür stehen wir FREIE WÄHLER. Dafür werden wir uns einsetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Gehring.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dieser Gesetzentwurf der SPD ist der richtige Versuch, etwas dazu beizutragen, die große Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu reduzieren. Der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit betreffend die Ganztagschulen ist in keinem Bundesland so groß wie in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Es ist schön, dass wir nicht mehr über die Ideologie, über den Sinn von Ganztagschulen streiten und dass dieser Streit endlich beendet ist. Auch die Staatsregierung sagt, sie wolle die Ganztagschulen ausbauen. Aber wenn ich die Ansprüche und die Garantieerklärung des Ministerpräsidenten höre – flächendeckend, bedarfsgerecht, für jedes Kind bis 14 bei Bedarf – und die Realität sehe – wir haben allenfalls für 11 % der Kinder ein Angebot, wenn wir alles zusammenrechnen –, muss ich fragen: Wo ist da eine Flächendeckung? Dabei geht es nicht darum, Schulen oder Klassen zu zählen; vielmehr stehen die Kinder im Mittelpunkt. Für 11 % der Schülerinnen und Schüler haben wir irgendein Ganztagsangebot. 11 % der Fläche Bayerns entsprechen etwa der Fläche von Oberfranken. Da fehlt noch viel zum ganzen Bayern. Wenn es um den Anspruch geht, ein bedarfsgerechtes Angebot zu machen, heißt das doch: Die anderen 89 % haben keinen Bedarf. Das glaubt doch kein Mensch!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir sind uns über den Bedarf an Ganztagschulen einig wie auch beim Thema Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund. Diese Kinder sind den ganzen Tag in der Schule und bewegen sich im deutschen Sprachraum; aber auch die Sprachbildung vieler deutschstämmiger Schülerinnen und Schüler ist durchaus verbesserungsfähig. Es geht um mehr Zeit für Bildung, für das Vertiefen, für das Anwenden und das praktische Ausprobieren dessen, was man gelernt hat. Auch das ist nicht falsch. Es geht auch um mehr Zeit für musisches Lernen und für Bewegung. Ich weiß schon jetzt, dass das nächste Programm für übergewichtige Kinder kommt: In der Ganztagschule können diese Programme realisiert werden; dort kann Sport stattfinden.

Es geht auch darum, den Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg in Bayern zu reduzieren. Nach wie vor entscheidet die Herkunft über den Bildungserfolg. Herkunft heißt: Können die Eltern zu Hause helfen, damit es in der Schule funktioniert, oder nicht? Sind die Mütter die Hilfslehrerinnen der Nation oder nicht? Nur wenn wir

bessere Ganztagsangebote machen, entlasten wir die Eltern, stützen wir die Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen eingestehen, dass die Umsetzung des Ganztagsangebots in Bayern nicht recht in Fahrt kommt. Wir müssen die Frage stellen, warum wir bei den gebundenen Ganztagsangeboten nicht vorankommen, obwohl der Kultusminister und die CSU-Fraktion sie loben, sogar der Fraktionsvorsitzende Kreuzer lobt sie. Aber der Ausbau ist nach wie vor mau. Wir führen jetzt die offenen Ganztagsgrundschulen ein. Das ist meines Erachtens ein wichtiger Zwischenschritt, wird aber, wie es aussieht, in der Praxis dazu führen, dass mancher gebundene Ganztagszug an mancher Schule eingestellt wird. Schulleiter sagen uns jetzt schon: Wenn ich jetzt noch ein offenes Angebot an meiner Schule bekomme, werde ich die gebundene Ganztagschule vermutlich einstellen. Das kann's doch nicht sein! Das kann doch kein Erfolg des Ausbaus der Ganztagschulen in Bayern sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir begrüßen den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion nicht deswegen, weil er den Bürgerinnen und Bürger etwas vorschreiben will – da liegen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, vollkommen falsch –, sondern weil er den Freistaat in die Pflicht nehmen will. Wo Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinanderklaffen wie bei der CSU-Staatsregierung, brauchen wir Mittel, sie in die Pflicht zu nehmen. Deswegen unterstützen wir diesen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Herr Staatssekretär Sibler.

**Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Grundfehler dieses Gesetzentwurfs ist, dass er einzig und allein die gebundene Ganztagschule in den Mittelpunkt stellt.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Stimmt nicht!)

Sie hat ihre Vorzüge, die wir auch anerkennen; darum haben wir sie in den letzten Jahren vor allem in der Grund- und Mittelschule massiv ausgebaut. Aber sie ist nicht die einzige Betreuungsmöglichkeit, nicht die einzige Form eines Ganztagsangebots, das wir brauchen. Durch einen Rechtsanspruch käme es implizit letztlich zu einem massiven Verlust, vielleicht sogar zur Auflösung von Horten. Wir würden die Horte schwächen, die wir gerade jetzt im bestehenden System zur Abdeckung von Ferien- und Randzeiten brauchen; das ist doch gerade Ihnen ein Anliegen. Genau da haben wir ein zentrales Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir müssen zusehen, dass wir die Vielfalt, die grundsätzlich sehr, sehr gut ist, auch tatsächlich zulassen. Das politische Signal, das Sie mit diesem Gesetzentwurf geben, würde diese Vielfalt einschränken. Dadurch, dass wir nur noch das eine Modell hätten, würden wir auch gewachsene Strukturen in den bayerischen Kommunen verknappen, reduzieren und minimieren. Demgegenüber sind wir froh über und stolz auf das vielfältige Angebot in kommunalen Strukturen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Es muss ein ausreichendes Angebot sein, Herr Staatssekretär!)

Zum anderen ist der entscheidende Punkt – das ist schon mehrfach dargestellt worden – die Freiwilligkeit. Die Wahlfreiheit ist für viele Eltern in Bayern ganz besonders wichtig. Gerade sie halte ich für einen besonderen Vorzug des bayerischen Systems. In Kooperation mit den Kommunen kann hier viel Gutes geleistet werden; aufgrund der Vielfalt der Modelle können maßgeschneiderte und passgenaue Lösungen gefunden werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren in Bayern eine hohe Dynamik gehabt. Wir wollen hier auch noch ein Stück weiterkommen. Das haben alle Rednerinnen und Redner unterstrichen. Wenn Sie die Haushaltsansätze der letzten Jahre anschauen, sehen Sie, dass der Haushaltsausschuss eine Menge Geld zur Verfügung gestellt hat, lieber Hans Herold. Wir konnten viele Stellen anbieten. Nach wie vor gilt der Grundsatz, und dementsprechend konnte jeder genehmigungsfähige Antrag genehmigt werden. Damit waren wir bei den Menschen; damit haben wir die Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit abgeholt und haben passgenaue Möglichkeiten in Kooperation mit den Kommunen geschaffen. Das ist gerade auch beim Ganztagsgipfel 2015 besonders unter Beweis gestellt worden.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/10580 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. – Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.